



GERECHTIGKEIT I

Die Sache mit der Kurzarbeit.

Dass die CGFP sich des Themas annehmen würde, war irgendwie vorzusehen. Schließlich bot sich die unwiderstehliche Gelegenheit, eine gehörige Breitseite auf die Fédération des Artisans abzugeben, nachdem diese eine in den Augen der CGFP Ungeheuerlichkeit von sich gegeben und „Sozialneid verbreite“. So kann man doch wunderschön auch dem Letzten klarmachen, wozu eine zünftige Gewerkschaft alles gut ist.

Noch vor der CGFP jedoch hatte auch der Arbeitsminister Dan Kersch seinerseits verbreiten lassen, dies sei nicht der Moment, einzelne „Sektoren gegeneinander auszuspielen“ und der Forderung der Fédération des Artisans gleich eine Abfuhr erteilt. Da Kersch nicht nur Arbeitsminister, sondern auch Vize-Premier ist, müssen wir an dieser Stelle wohl oder übel davon ausgehen, dass er im Namen der gesamten großherzoglichen Regierung gesprochen hat. Unsererseits haben wir von keinem Minister ein wie auch immer geartetes Dementi zu Kersch's Aussagen vernommen.

„Warum diskriminieren wir dann bei der Entschädigung der Lohnausfälle, indem einige alles, andere 20%, und noch andere überhaupt nichts einbüßen.“

Wozu die ganze Aufregung bei Regierung und Staatsbeamten-gewerkschaft?

In ihrer Rentrée-Pressekonferenz hatte die Fédération des Artisans doch tatsächlich zu fordern gewagt, dass alle von Kurzarbeit betroffenen Bürger des Landes gleichbehandelt werden, ohne Unterscheidung nach lohnabhängig oder selbstständig und nach privat oder öffentlich. Der Auslöser dieser Forderung ist in unzähligen Telefonaten, E-Mails und Videokonferenzen zu finden, die während und nach dem Lockdown innerhalb der Fédération des Artisans und ihren Mitgliedsverbänden geführt und organisiert wurden. Neben der eigenen, unhaltbaren Situation aller Selbstständigen, welche eben KEIN Ersatzgehalt aus KEINER Sozialversicherungskasse erhielten und erhalten (werden?), wurde die Ungleichbehandlung zwischen den Mitarbeitern aus Handwerks-

und Industriebetrieben und jenen aus Unternehmen des öffentlichen Bereichs thematisiert, egal ob Ministerien, Verwaltungen, Gemeinden, Gemeindebetrieben oder gleichgestellten Sektoren. Während erstere lediglich 80% Lohnschädigung erhalten im Falle von Kurzarbeit, erhalten letztere 100%. So einfach ist das! Zwar wird hier keine Kurzarbeit gefahren, sondern es wird eine „Dispens“ erteilt, doch ist dies bloße Semantik: Wo ist der Unterschied zwischen dem Schreineremitarbeiter in Kurzarbeit und dem Bademeister, dessen Schwimmbad wegen COVID geschlossen ist?

Konkret lautet also die Forderung der Fédération des Artisans, sowohl die öffentlich als die privat Beschäftigten im Falle von Kurzarbeit oder Dispens gleich zu 80% zu entschädigen und diese Regelung dann doch bitte schön auf die Selbstständigen auszuweiten.

Dies ist eine Maßnahme für mehr Gerechtigkeit, und nicht Sozialneid. Hier werden für einmal nicht die durch nichts zu rechtfertigenden Lohnunterschiede zwischen privatem und öffentlichem Sektor angeprangert, sondern die systematische Ungleichbehandlung der Bürger dieses Landes in einer sanitären Krisensituation. Und jetzt soll keiner aufstehen und meinen, „sie bräuchten ja nur das Staatsexamen zu machen“. Denn erstens ist nicht erwiesen, dass durch ein Examen gewissermaßen immunisierende Superkräfte gegen Krisen entstünden, und zweitens ist und bleibt die bestehende Regelung eine Ungerechtigkeit, die sich auch durch Aufzagen dummer Sprüche nicht auflöst.

Im ganzen Land wurden ALLE Bürger gleichermaßen – zusammen, wie der Premierminister immer wieder betont – vom gleichen Virus bedroht. Alle leiden wir gemeinsam unter den sanitären, wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Folgen dieser Krise. Das Unternehmen hat nicht freiwillig entschieden, die Arbeit einzustellen, seine Mitarbeiter auch nicht, Beamte und Mitarbeiter der Gemeinden genau so wenig. Keiner konnte für den Lockdown, außer vielleicht die Regierung – doch sollte diese Frage eigentlich hier ausgeklammert bleiben, weil es wohl nicht anders ging. Das Virus hat, ohne zu diskriminieren das wirtschaftliche und soziale Leben gestoppt, und es tut das immer noch, tagesin, tagaus, wie uns die besorgniserregenden Zahlen der letzten Wochen immer wieder klar machen.

Warum diskriminieren wir dann bei der Entschädigung



der Lohnausfälle, indem einige alles, andere 20%, und noch andere überhaupt nichts einbüßen.

Diese Forderung wurde vervollständigt durch die Idee, generell Nicht-Arbeit nur mehr zu 80% zu entlohnen. Auch dies entspringt wieder einmal den Erfahrungen und Beobachtungen der letzten Monate. Kaum wurde in einem Betrieb die Einführung der Kurzarbeit verkündet, hagelte es Krankenscheine und/oder Urlaubsansprüche aus familiären Gründen. Das ließe sich sogar belegen, wenn denn ursächliches Interesse an solcherlei soziologischen Studien bestünde. Stattdessen versuchen Regierung und Verwaltungen den Fisch zu ertränken und liefern nur völlig unbrauchbare statistische Aggregate, mit denen überhaupt nichts herausgefunden werden kann (soll).

Die Argumente, die sowohl der Minister als auch die CGFP bemühen, um gegen diese in unseren Augen völlig berechnete Forderung der Fédération des Artisans anzugehen, befassen sich leider keinesfalls mit dem Kern des Problems, nämlich der ungleichen Behandlung der Bürger dieses Landes. Stattdessen machen sie einen auf entsetzt ob so viel unsolidarischem Verhalten und es sei eben „nicht der Moment den einen gegen den anderen hochzuspielen“. Es ist NIE der Moment, kann man da nur sagen.

Dann folgt die Behauptung, die Beamten hätten während der Krise sogar noch mehr geleistet als irgendjemand verlangt hätte. Gut, das ist in allen Sektoren so gewesen während der letzten Monate, dass die, die arbeiten

konnten und durften, tatsächlich übermenschliches geleistet haben. Falls der Finanzminister irgendwo Geld dafür findet, kann die Regierung gerne den betroffenen Beamten und Bediensteten des öffentlichen Dienstes, die diese Leistungen vollbracht haben, eine Prämie auszahlen. Sie haben es in der Tat verdient. Allerdings ist auch dies kein Argument gegen unsere Forderung!

Dann das Sahnehäubchen: die Forderung der Organisation des Handwerks sei grenzwertig dumm, weil ja im Zweifelsfall ein Teil ihrer Kundschaft Kaufkraft-Einbußen zu verzeichnen habe und diese Gelder dann nicht mehr für wachstumsfördernde Konsum- und Investitionsausgaben zur Verfügung stünde. Bei allem Respekt, liebe CGFP, da war dem Handwerk die direkte Drohung nach Boykott des Luxemburger Handwerks, wie sie seinerzeit von einem Jos Daleiden ausgesprochen wurde, noch lieber.

Wie dem auch sei. Die Forderung steht im Raum, und wenn man die sozialen Medien so verfolgt, hat sie sogar recht viele Fürsprecher. Es sieht sogar nach einer Lufthoheit für die Forderung und gegen die Blockade-Attitüde der Regierung aus. Vielleicht sollte das Handwerk eine Petition lancieren, um seinen Forderungen Gehör zu verschaffen, wenn die Sozialisten den Liberalen und den Grünen die Ohren zuhalten?



Fédération des Artisans
r.schmit@fda.lu
Generalsekretär
+352 42 45 11 - 26

